

(Abg. Dpiß.)

(A) Wenn Sie sich uns also heute als Finanzkünstler anbieten, Ihre sonstigen Fähigkeiten hoch in Ehren, aber in dieser Richtung müssen wir doch dankend ablehnen. Wir müßten befürchten, daß Sie uns in aller kürzester Frist dem Abgrunde zutreiben würden.

(Bravo! rechts.)

Dann, meine Herren, hat sich's der Herr Abg. Fräßdorf nicht versagen können, auch die Reichsfinanzreform uns wieder vor Augen zu führen. Es steht ja doch für jeden, der Augen hat zu sehen, unumstößlich fest, daß, wenn wir die Reichsfinanzreform nicht durchgeführt hätten, das Ansehen unseres Reiches aufs aller schwerste geschädigt und, wie ich schon einmal auszuführen Gelegenheit genommen habe, nicht bloß der finanzielle Ruin, sondern auch der moralische Bankrott des Reiches herbeigeführt worden wäre.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist auf Kosten der Armen geschehen!)

Diese Tatsache ist nicht wegzuleugnen. Selbst wenn man mit den einschlagenden Modalitäten der Reichsfinanzreform nicht auf dem richtigen Wege gewesen ist, so wird aber doch auch der Herr Abg. Fräßdorf nicht leugnen können, daß, wenn die Reichsfinanzreform nicht zu Hilfe gekommen wäre, jetzt eine Zeit der allerhöchsten Not für das Deutsche Reich angebrochen sein würde. Was er an der Finanzreform auszustellen hat, sind also nur die Modalitäten, die darin bestehen, daß die Reichsfinanzreform im wesentlichen mit Hilfe indirekter Steuern durchgeführt worden ist. Darüber haben wir uns aber schon so viel unterhalten, meine Herren, und haben schon so viel durchschlagende Gründe dafür ins Feld geführt, daß die indirekten Steuern nicht entbehrt werden können und daß auch die Härten namentlich für die Massen nicht in dem Maße in Betracht kommen, wie es von jener Seite behauptet wird, daß ich mich wirklich heute der Aufgabe gegenüber dispensiert ansehe, nach dieser Richtung hin alles noch einmal vorzuführen.

Zum Schlusse hat der Herr Vizpräsident Fräßdorf noch mit besonderem Aplomb darauf hingewiesen, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen seiner Partei voraussichtlich recht geben werden, indem sie ausgesprochenerweise zugunsten der Sozialdemokratie ausfallen werden. Leider, meine Herren, kann ich nicht umhin, diese Besorgnis auch an meinem Orte zu teilen, diese Gefahr aufs schwerste zu beklagen.

(Sehr richtig! rechts.)

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das glaube ich!)

Ich glaube, die Entwicklung der Dinge namentlich innerhalb der bürgerlichen Parteien hat jenen Hoffnungen der Sozialdemokratie nur zu viel Nahrung zugeführt und nur zu viel Berechtigung verliehen. Ich zweifle aber andererseits auch nicht daran, daß, mögen auch die nächsten Reichstagswahlen in dem Sinne ausfallen, den der Herr Abg. Fräßdorf im Auge hat und wünscht, auch das doch im letzten Grunde unserem deutschen Volke zum Heile gereichen wird. Denn es wird für uns ein Anlaß werden zu einem engeren Wiederzusammenschlusse der bürgerlichen Parteien, und wenn das eintritt, so würde das selbst mit dem schlechten Ausfalle der Wahlen nicht zu teuer erkauft sein, denn es würde uns dann der Wiederzusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen die Gefahren wappnen, die die sozialdemokratische Entwicklung für Reich und Staat im Gefolge haben muß.

(Lebhaftes Bravo! bei den Konservativen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Fleißner.

Sekretär Fleißner: Mein Herr Vorredner hat aus den Ausführungen meines Parteifreundes Mißche herauszuhören geglaubt, daß jetzt von unserer Seite gegen die gegenwärtige Finanzwirtschaft keine Beschwerden zu erheben seien. Da hat er wohl recht falsch gehört. Im übrigen ergibt sich auch aus unseren Ausführungen bei den allgemeinen Etatvorberatungen, daß wir wohl eine ganze Reihe von Beschwerden nach wie vor zu erheben haben. Wir haben die Beschwerden auch im einzelnen substantiiert, und wir kommen eigentlich heute durch die Ausführungen des Herrn Abg. Anders wieder zu einer Neuaufnahme der Etatdebatte. Nichts weiter ist es, was wir bis jetzt gehört haben. Es ist eigentlich eine Wiederholung dessen, was bereits vor einigen Tagen in diesem Hause über die Steuerfrage und die Finanzwirtschaft gesagt worden ist. Wir müssen natürlich nun abermals auf diese Dinge eingehen.

Wenn der Herr Abg. Dpiß vorhin eben erklärt hat, daß die konservative Partei als solche und für sich allein eine Verantwortung für die früheren Zustände ablehne, und wenn er weiter erklärt hat, daß die Verantwortung mit übertragen werden müsse auf die bürgerlichen Parteien überhaupt, die damals im Hause waren, so ist das für uns nicht von großer Bedeutung. Ob die konservative Partei die Verantwortung für diese schlimmen Dinge allein zu übernehmen hat oder ob auch die Nationalliberalen und die liberalen Parteien überhaupt mitschuldig sind, das ist